

Verhagelte Aussichten: Spitzengespräch bringt keinen neuen Wind

Fortsetzung der Besoldungsgespräche – gute Zusammenarbeit sieht anders aus

Wie lässt sich die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Fortsetzung der Besoldungsgespräche zwischen den gewerkschaftlichen Spitzen und der Landesregierung. Nach dem ersten Auftakt im Mai 2020 folgte eine lange Dürreperiode innerhalb der Arbeitsgruppen, bevor es nach einigem Gewittergrollen im ersten Quartal dieses Jahres wieder ins Spitzengespräch mit Ministerpräsident Armin Laschet und Finanzminister Lutz Lienenkämper ging. Doch statt Sonnenschein herrschte auf beiden Seiten ein stürmischer Wind, der eine Klimaveränderung erahnen lässt. „Gute Zusammenarbeit sieht anders aus“, so das Resümee des DBB NRW Vorsitzenden Roland Staude.

Geradezu gebetsmühlenartig hat der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Monaten seine Vorstellungen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes immer wieder bei allen Gesprächen und sogar in einer schriftlichen Stellungnahme vorgetragen. Das Ergebnis ist gleich null. Dabei sollte gerade die Attraktivitätssteigerung ein Kernanliegen nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der Landesregierung sein. 15 000 Leerstellen und keine Besserung in Sicht. Das macht deutlich, dass der öffentliche Dienst ein klares Attraktivitätsproblem hat. Auch die demografische Entwicklung verschärft die trüben Aussichten für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst in NRW.

Kein einziger Vorschlag hat Einzug in das Eckpunktepapier gefunden

Aus diesem Grund war seinerzeit auch mit der Landesregie-



Armin Laschet und Roland Staude (die Aufnahme ist vor Beginn der Corona-Pandemie entstanden)

© E. Fiegl (2)

rung vereinbart worden, im Zuge der Fortsetzung der Besoldungsgespräche über wichtige Kernthemen der Attraktivität zu sprechen. Der Fokus sollte dabei auf die Gestaltung der Arbeitszeit sowie auf die

Belange besonders belasteter Berufsgruppen gerichtet werden. Für die detaillierte Ausgestaltung waren interministerielle Arbeitsgruppen gebildet worden. Doch statt einer konstruktiven Zusammenarbeit wur-

den den Gewerkschaften fertige Konzepte vorgelegt. „Wir konnten zwar unsere Vorschläge und Forderungen vortragen, eine echte inhaltliche Auseinandersetzung damit ist jedoch offensichtlich nicht erfolgt“, so

3 Vertane Chance

DBB NRW nimmt zu
Gesetzesentwurf
Stellung



4 Homeoffice – Chancen und Risiken

Studie der HSPV
NRW im Auftrag
des DBB NRW



6 Im Interview ...

... mit der neuen
Landesjugendleiterin
Susanne Aumann





Ministerpräsident Armin Laschet

hatte die Landesregierung angekündigt, sich für die Chancengleichheit von weiblichen und männlichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzusetzen. Geschehen ist seit der Abschaffung des lang diskutierten § 19 Abs. 6 LBG NRW zur Frauenförderung im Sommer 2017 jedoch nichts. Dass die Förderung der Chancengleichheit nun nicht mal mehr im Eckpunktepapier auftaucht, macht den Stellenwert dieses Themas für die Landesregierung offensichtlich deutlich.

Roland Staude. „Anders ist es nicht zu erklären, dass nicht ein einziger Vorschlag Einzug in das nun vorgelegte Eckpunktepapier gefunden hat.“

Ganz im Gegenteil stellt das Eckpunktepapier der Landesregierung ein „Sammelsurium an Kleinigkeiten“ dar, das Maßnahmen zusammenfasst, welche im Bereich des öffentlichen Dienstes umgesetzt wurden bzw. bis zum Ende der Legislatur noch umgesetzt werden sollen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe spiegelt das Papier dagegen nicht wider. Auffällig ist zudem, dass mindestens zwei wichtige Punkte darin fehlen, deren Umsetzung die Landesregierung jedoch angekündigt hatte:

1. Die Sicherung von Überstunden vor dem Verfall war insbesondere zu Beginn der Corona-Krise angekündigt worden. Grundsätzlich gab es zwar bereits im Vorfeld Regelungen, die das verhindern sollten, dennoch verfallen jedes Jahr bis zu 70 000 Überstunden. Dies entspricht rund 40 Vollzeitstellen. Bestrebungen, das Problem grundsätzlich zu lösen, gibt es jedoch bisher nicht.
2. Im Koalitionsvertrag und auch noch in einer Mitteilung an den Landtag im März 2018

Eckpunktepapier lässt das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie vermissen

Ebenfalls vermissen lässt das Eckpunktepapier das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der DBB NRW hatte in diesem Zusammenhang gefordert, die Regelung aus der Arbeitszeitverordnung des Bundes zu übernehmen, nach der die Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten mit Kindern unter zwölf Jahren bzw. mit pflegebedürftigen Angehörigen um eine Stunde auf 40 Stunden auf Antrag verkürzt wird (§ 3 AVZ Bund). „Damit hätte wenigstens ein kleines Signal an die Beamtinnen und Beamten gesendet werden können, nachdem die Landesregierung die Rücknahme der eigentlich befristeten Arbeitszeiterhöhung schon nicht für alle Beschäftigten umsetzen möchte“, so Roland Staude.



DBB NRW Vorsitzender Roland Staude

Zusammenfassend sind für den DBB NRW Vorsitzenden sowohl der Prozess als auch die Ergebnisse der Gespräche zur Attraktivitätsoffensive durchwachsen zu betrachten: „Die Einführung von Langzeitarbeitskonten ist zwar ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Flexibilität für Beschäftigte, die geplante Ausgestaltung lässt jedoch zu wünschen übrig.“

Gleiches gelte für das Thema mobile Arbeit. Statt mit der Normierung eines Anspruchs auf pflichtgemäße Ermessens-



Finanzminister Lutz Lienenkämper

ausübung eine absolute Miniallösung anzukündigen, hätte vielmehr die konkrete Ausgestaltung der Arbeit von Zu Hause in den Blick genommen werden müssen.

Ein „Weiter so“ der aktuellen, pandemiebedingten Zustände beim Homeoffice darf es nach der Pandemie nicht mehr geben

Die Dimension dieses Themas hat die Landesregierung offenbar nicht erkannt oder erkennen wollen. „Ein ‚Weiter so‘ der

aktuellen, pandemiebedingten Zustände beim Homeoffice kann und darf es nach der Pandemie nicht mehr geben“, so Roland Staude. „Statt sich mit der Bezeichnung als mobile Arbeit einen schlanken Fuß bei den Themen Arbeits-, Gesundheits- und Datenschutz sowie bei der technischen Ausstattung zu machen, müssen klare, zukunftsfähige Regelungen erarbeitet werden. Denn es muss jedem klar sein, dass hybride Arbeitsformen auch nach der Corona-Pandemie gefragt sein werden.“

Der Landesbundvorsitzende schlägt deshalb vor, das Thema Homeoffice in einer separaten Arbeitsgruppe zu behandeln. Als Voraussetzung dafür sieht er jedoch, dass vonseiten der Landesregierung eine wirkliche Zusammenarbeit gewünscht ist.

Wie es aussieht, scheint ein heißer Sommer bevorzustehen, jedoch ist mit einem rauen Wind zu rechnen. Spätestens im Hinblick auf die Tarifrunde 2021 droht dann sogar ein stürmischer Herbst. Es bleibt zu hoffen, dass es zu keiner vorzeitigen Frostperiode kommen wird.

An dem am 19. Mai 2021 digital stattgefunden Gespräch mit dem Ministerpräsidenten **Armin Laschet** und dem Minister der Finanzen **Lutz Lienenkämper** nahmen für den DBB NRW neben dem Vorsitzenden Roland Staude, **Hubert Meyers**, **Stefan Behlau** und **Manfred Lehmann** teil. JM/J

Vertane Chance, die Alimentation wieder auf verfassungsfeste Füße zu stellen

DBB NRW nimmt zum Gesetzentwurf zur Alimentation kinderreicher Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften Stellung

Im vergangenen Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern in Nordrhein-Westfalen verfassungswidrig ist. Das Land hat bis zum 31. Juli 2021 Zeit, eine verfassungskonforme Lösung umzusetzen. Nun hat das Ministerium der Finanzen NRW einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Alimentation der betroffenen Beamtinnen und Beamten verbessert werden soll. Daneben enthält der Gesetzentwurf noch Änderungen beim Thema begrenzte Dienstfähigkeit und Verbesserungen für Grundschullehrkräfte. Der DBB NRW war als Spitzenorganisation aufgefordert, bis zum 7. Mai 2021 Stellung zu nehmen.

In seiner im Juli vergangenen Jahres veröffentlichten Entscheidung hatte das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass die Alimentation von Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsemp-

fer dem DBB NRW zur Stellungnahme vorliegt. Dieser beinhaltet eine deutliche Erhöhung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile ab dem dritten Kind. Diese Erhöhung soll für alle Beamtinnen und Beamten



© Fimeas/fotolia.com

che zur Verfügung gestellt. „Eigentlich wäre an dieser Stelle eine Gleichstellungszusage angemessen gewesen“, erklärt Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Das hätte die Wertschätzung des Dienstherrn gegenüber seinen Beschäftigten zum Ausdruck gebracht.“ Eine solche Gleichstellungszusage hatte der DBB NRW bereits im Vorfeld gefordert.

Finanzminister will Auswirkungen der Entscheidung auf NRW-Besoldung analysieren

Als vertane Chance sieht der DBB NRW zudem, dass nicht auch die zweite Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Berücksichtigung in dem vorliegenden Gesetzentwurf gefunden hatte. Diese betrifft die nordrhein-westfälischen Beamtinnen und Beamten zwar nicht direkt, hat jedoch mittelbare Auswirkungen auf deren Besoldung. „Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, Vorreiter zu sein und die Alimentation wieder auf verfassungsfeste Füße zu stellen“,

so Roland Staude. „Zumindest hat das Ministerium der Finanzen NRW aber angekündigt, die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Besoldung in Nordrhein-Westfalen zu analysieren.“

Neben dem Thema Besoldung kinderreicher Familien behandelt der vorliegende Gesetzentwurf noch das Thema begrenzte Dienstfähigkeit. Auch hier soll die verfassungsrechtliche Rechtsprechung umgesetzt werden. Künftig sollen Beamtinnen und Beamten die begrenzt dienstfähig sind, einen verbesserten Zuschlag erhalten, mit dem Ziel der deutlicheren Besserstellung gegenüber Beschäftigten, die freiwillig in Teilzeit arbeiten.

Zuletzt enthält der Gesetzentwurf noch besoldungsrechtliche Aspekte des Masterplans Grundschule. Konkret geht es dabei um Stellen für Konrektorinnen und Konrektoren an kleineren Grundschulen sowie um Beförderungsmöglichkeiten für Lehrkräfte an Grundschulen außerhalb von Schulleitungsämtern. *JMJ*



Roland Staude nimmt für den DBB NRW Stellung.

© DBB NRW

fängerinnen und -empfängern mit mehr als zwei Kindern in Nordrhein-Westfalen verfassungswidrig zu niedrig ist.

Das Gericht hatte konkrete Kriterien vorgegeben, welche Faktoren bei der Amtsangemessenheit der Alimentation, insbesondere beim Abstand zur Grundsicherung, zu beachten sind.

Zur Umsetzung hat das Ministerium der Finanzen NRW nun einen Gesetzentwurf erarbeitet,

sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ab dem Jahr 2021 gelten.

Die vom DBB NRW eingeforderte Gleichstellungszusage nicht eingelöst

Diejenigen, welche in den Jahren 2011 bis 2020 ihre Ansprüche geltend gemacht hatten, sollen zudem eine Nachzahlung für die entsprechenden Jahre erhalten. Der DBB NRW hatte zu dieser Problematik Musterwiderrprü-

Homeoffice – Chancen und Risiken

Studierende der Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW) erarbeiten das Thema im Rahmen einer Projektarbeit.

Mit viel Interesse und Engagement sind sieben Studierende der HSPV NRW in ihre Projektphase gestartet. Für den DBB NRW als Auftraggeber beschäftigten sie sich mit dem Thema Homeoffice, mit Fokus auf Veränderungen durch bzw. in der Corona-Pandemie. Dabei soll es um die Möglichkeiten und Chancen der Arbeit von zu Hause gehen, aber genauso auch um die Risiken.

Telearbeit, mobile Arbeit, Homeoffice – diese Begriffe werden im alltäglichen Umgang häufig synonym verwendet, dabei handelt sich um eigenständige Arbeitsformen mit entsprechenden Rechten und Pflichten. Diese Unterschiede wollen die Studierenden im ersten Schritt herausarbeiten, insbesondere im Hinblick auf die Aspekte Arbeits-, Daten-, Gesundheits-

und Unfallschutz sowie auf die technische Ausstattung.

Die Unterscheidung ist gerade auch im Hinblick auf die Corona-Pandemie interessant. Zu Beginn der Pandemie mussten sehr kurzfristig Regelungen für die Arbeit zu Hause gefunden werden, für die dauerhafte Anwendung sind diese Ad-hoc-Lösungen jedoch nicht geeignet. Gleichzeitig hat die Pande-

mie aber deutlich gemacht, dass viel mehr Aufgaben von zu Hause erledigt werden können als gedacht.

Auch viele Arbeitgeber bzw. Dienstherrn konnten sich inzwischen davon überzeugen, dass Präsenz nicht in allen Bereichen für eine erfolgreiche Aufgabenerledigung notwendig ist. „Es müssen gute und zukunftsfähige Regelungen für

die Arbeit von zu Hause gefunden werden“, erklärt **Roland Staudé**. „Denn es ist davon auszugehen, dass es für viele Beschäftigte auch in Zukunft attraktiv sein wird, in hybriden Arbeitsformen zu arbeiten.“

Entsprechend beschäftigt sich die Projektgruppe in einem zweiten Teil damit, ob das sogenannte Homeoffice einen Attraktivitätsfaktor für Beschäftigte, aber auch für potenzielle Bewerber darstellt und wie es ausgestaltet sein sollte. Abschließend sollen noch mögliche Risiken der Arbeit von zu Hause herausgearbeitet werden.

Die Ergebnisse der Projektarbeit sollen Mitte Juni vorliegen.

JMJ

© blactzheep/stock.adobe.com

DBB intern

Sven Christoffer ist neuer Vorsitzender von *lehrer nrw*

Langjährige Vorsitzende Brigitte Balbach stand für Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung

Generationswechsel bei *lehrer nrw*: Sven Christoffer ist neuer Vorsitzender. Der 50-Jährige wurde von den Delegierten des Verbandes bereits am 24. November 2020 mit rund 90 Prozent der Stimmen gewählt. Christoffer ist Nachfolger von Brigitte Balbach, die den Verband in den letzten zwölf Jahren erfolgreich geführt hatte.

Sven Christoffer, ausgebildeter Deutsch- und Geschichtslehrer sowie Schulbuchautor, ist durch seine bisherige Vorstandstätigkeit und durch seine langjährige Erfahrung in der Personalratsarbeit bestens in den Schulen und der Schulpolitik Nordrhein-Westfalens vernetzt. Von 2004 bis 2016 war er Mitglied des Bezirkspersonalrats für Realschulen im Regierungsbezirk Düsseldorf, davon die letzten vier Jahre als Vorsitzender. 2018 übernahm er den Vorsitz des Hauptpersonalrats für Realschulen beim NRW-Schulministerium. Nach den für

lehrer nrw erfolgreichen Personalratswahlen 2020 wurde er erst im Oktober für weitere vier Jahre in diesem Amt bestätigt.



Sven Christoffer ist neuer Vorsitzender von *lehrer nrw*.



Der neue geschäftsführende Vorstand von *lehrer nrw* (v. l.): Ulrich Gräler (stellv. Vorsitzender), Ingo Lürbke (Schatzmeister), Marcel Werner (Vorsitzender junge *lehrer nrw*), Sarah Wanders (stellv. Vorsitzende), Sven Christoffer (Vorsitzender), Jochen Smets (Schriftleiter).

Den durch Christoffers Aufrücken frei gewordenen Stellvertreterposten übernimmt nach dem Votum der Delegierten **Sarah Wanders** (39). Neben **Brigitte Balbach** zieht sich mit **Ulrich Brambach** ein weiteres „Urgestein“ von *lehrer nrw* aus der aktiven Vorstandsarbeit

zurück. Brambach war von 1991 bis 2008 Verbandsvorsitzender und seither als Schatzmeister weiterhin im Vorstand tätig. Beide haben den Verband über Jahrzehnte geprägt und als gewichtige Stimme in der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft etabliert. ■

© lehrer nrw (2)

Peter Fahle löst Karl Neißner als Landesvorsitzender ab

Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr – Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der DBB NRW Vorsitzende Roland Staupe konnte anlässlich der letzten Landeshauptvorstandssitzung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen u. a. Peter Fahle als neues Mitglied begrüßen und ihm zu der Übernahme des verantwortungsvollen Amtes gratulierten.



Der VAB NRW Vorstand auf einen Blick: Andreas Lenz (Schwerbehindertenvertreter); Manfred Blesenkemper (1. stellv. Bereichsvorsitzender); Frank Lindner (Landeskassenwart); Markus Hamann (Mitglied Tarifkommission des DBB NRW), Jörg Marciniak (Beisitzer im Bundesvorstand); Maria Poppinga (Landesfrauenvertreterin); Michael Orawski (Kassenprüfer); Paul Tissen (Beisitzer); Jürgen Pecher (stellv. Landeskassenwart); Markus Klein (Beisitzer); Wolfgang Richter (Kassenprüfer); Peter Fahle (Bereichsvorsitzender); Werner Ganser (Landesschriftführer) (v. l.)

Peter Fahle löst den bisherigen langjährigen Vorsitzenden des Verbandes der Arbeit-

nehmer der Bundeswehr (VAB), Landesverband Nordrhein-Westfalen, **Karl Neißner**

ab, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand.



Peter Fahle und Karl Neißner (v. l.)

Der 56-jährige „Sauerländer Bub“ aus Rüthen ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Fahle arbeitet im Bundeswehrdienstleistungszentrum Augustdorf, wo er auch Mitglied des Personalrates ist. Seit 2016 ist er zudem Mitglied des Bezirkspersonalrates beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw) in Bonn. ■

Personalratswahlen

Endspurt bei den Personalratswahlen

In drei Ressorts finden am 17. Juni 2021 noch Wahlen statt

Im Ministerium des Innern, im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie sowie im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen finden am 17. Juni 2021 Personalratswahlen statt.

Und die DBB NRW Fachgewerkschaften sind auch hier aufgestellt. Im Ministerium des Innern (IM) des Landes Nordrhein-Westfalen kandidiert der Regierungsamtmann **Roland Ferres** (55). Er ist Mitglied des Landesvorstandes und Vorsitzender der Fachgruppe Bezirksregierung Düsseldorf der vdlA gewerkschaft. Er ist der Spitzenkandidat seiner Fachgewerkschaft, deren stellvertretender Vorsitzender er seit 26. Juni 2018 ist.

Für die Wahlen zum Hauptpersonalrat bei dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Di-



Roland Ferres

gitalisierung und Energie (MWIDE) des Landes Nordrhein-Westfalen haben die DBB NRW Fachgewerkschaften Gewerkschaft für das Eichwesen (BTE) und die vdlA gewerk-



Dieter Becker

schaft eine gemeinsame Liste mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen aufgestellt.

Spitzenkandidat ist der bisherige HPR MWIDE Vorsitzende



Peter Söhle

Dieter Becker (63) von der BTE. Auf der gemeinsamen Liste kandidiert für die vdlA gewerkschaft für die Beamtenliste an zweiter Stelle **Peter Söhle** (54). ■

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und Hass ist keine Meinung!

Im Interview: die neue Landesjugendleiterin Susanne Aumann

Auf dem 20. Landesjugendtag der dbb jugend nrw wurde Susanne Aumann zur neuen Landesjugendleiterin mit überzeugender Mehrheit gewählt. Das DBB Magazin hat aus diesem Anlass ein Interview mit ihr geführt.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Landesjugendleiterin der dbb jugend nrw. Die Wahl fand auf dem virtuellen Landesjugendtag statt. Hat Ihnen die persönliche Begegnung mit Ihren Wählerinnen und Wählern nicht gefehlt?

Susanne Aumann: Vielen Dank, ich freue mich sehr auf die neuen Aufgaben und die Zusammenarbeit mit meinem großartigen Team. Natürlich war das Format eines hybriden Landesjugendtags ungewohnt für alle Beteiligten, aber besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Mir haben die persönlichen Kontakte und der unmittelbare Austausch mit den Delegierten sehr gefehlt. Umso größer ist die Vorfreude auf das Wiedersehen, so hoffen wir auf einen Präsenz-Landesjugendausschuss im November.

DBB NRW Magazin: An der Podiumsdiskussion „Öffentlicher Dienst in Zeiten von Corona“ auf der öffentlichen Veranstaltung haben Sie teilgenommen. Was war Ihr Anliegen in der prominent besetzten Runde?

Susanne Aumann: Wir leben in einer anhaltenden Ausnahme-situation, die geprägt ist von einem Wandel gesellschaftlicher und beruflicher Abläufe. Ich habe als Vertreterin der Ordnungsbehörden an der Podiumsdiskussion teilgenommen und hatte damit die kommunale Brille an.

Unter anderem berichtete ich davon, wie schwer es manch-

mal sein kann, in den Medien und der Öffentlichkeit die Leistung des öffentlichen Dienstes angemessen darzustellen. Die Kommunen sind für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zuständig – sei es als Schulträger, als Gesundheitsbehörden oder auch als Kontroll- und Überwachungsorgan in den Ordnungsämtern.

Sie stehen derzeit im Fokus der Medien, vor allem dann, wenn etwas nicht so läuft wie erwartet. Das schafft ein Bild von einem langsamen, bürokratischen Verwaltungsapparat, obwohl ein Großteil der Maßnahmen in kürzester Zeit umgesetzt wurde bzw. werden musste. Hier habe ich für einen positiven Blick auf die Sache und die entsprechende Anerkennung geworben.

DBB NRW Magazin: Was hat Ihr Vorgänger im Amt, **Moritz Pelzer**, Ihnen mit auf den Weg gegeben?



Bei der Staffelübergabe: „alter“ Landesjugendleiter Moritz Pelzer mit seiner Nachfolgerin Susanne Aumann



Susanne Aumann

Susanne Aumann: Moritz Pelzer hinterlässt mir große Fußspuren, was nicht auf unseren Unterschied von zehn Schuhgrößen bezogen ist. Seine positive Art und das uner müdliche Verfolgen der Ziele habe ich stets bewundert. Ich habe von ihm als Vorgänger unter anderem hervorragende Kontakte in die Landespolitik und die Landesregierung übernommen, die ich im Sinne der Interessen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst gerne halten und ausbauen möchte.

DBB NRW Magazin: Sie haben ein verantwortungsvolles Amt übernommen, das viel Zeit und Energie kosten wird. Warum haben Sie sich dennoch dafür entschieden?

Susanne Aumann: Mir sind Werte wie Solidarität, Respekt und Teamgeist besonders wichtig. Genau diese Haltung verbindet mich mit der dbb jugend nrw, weshalb ich die Arbeit in unserem Verband als unfassbar wertvoll empfinde.

Immer am Zahn der Zeit, zukunftsweisend in den Themen oder wie es heutzutage heißt: „vor der Lage“, so zum Beispiel mit der wichtigen Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“.

Das Engagement für die Jugend im öffentlichen Dienst ist nach so vielen Jahren eine Herzensangelegenheit für mich geworden. Das Amt der Landesjugendleiterin ist definitiv eine große Herausforderung, der ich mich mit Freude und vielen neuen Ideen widme.

DBB NRW Magazin: Was sind Ihre persönlichen Ziele in den nächsten vier Jahren, was plant das neue Team der dbb jugend nrw?

Susanne Aumann: Eine große Gefahr sehe ich in den aktuellen Entwicklungen rund um Hass, Hetze und Gewalt gegen öffentlich Bedienstete. Zwar wurde in Bezug auf die rechtlichen Grundlagen schon einiges erreicht, aber auch hier

entwickelt sich die Situation stetig weiter. Fake News, Verschwörungsmymen oder die Verlagerung von Hate Speech ins Netz und soziale Medien sind neue Phänomene, die psychische Belastungssituationen für Beschäftigte verursachen können. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und Hass ist keine Meinung, das muss aus meiner Sicht auch gesamtgesellschaftlich endlich klarwerden.

Auch mit Blick auf die Arbeitgeberattraktivität im öffentlichen Dienst gibt es noch Luft nach oben. Unsere schnelllebige Arbeitswelt ist geprägt von Prozessen zur Digitalisierung, Bestrebungen zu mehr Nachhaltigkeit oder auch Flexibilisierungstendenzen. Aber im Ergebnis reicht ein „sie waren stets bemüht“ nicht für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst. Aus Sicht der Jugend gibt es auch hier Verbesse-

rungsbedarfe, die es arbeits- und dienstrechtlich, politisch, aber auch öffentlich zu bearbeiten gilt.

Last, but not least haben wir nicht zuletzt durch die Herausforderungen in der Corona-Pandemie alle gemerkt, wie wichtig eine widerstandsfähige Demokratie ist. Auf unserer Agenda stehen daher die Förderung und Stärkung der demokratischen Elemente,

denn die Werte unseres Grundgesetzes und ein starker Rechtsstaat sind unerlässlich für unser Zusammenleben. Dafür wird sich das neue Team der dbb jugend nrw auch in Zukunft im Austausch mit den handelnden Akteuren einsetzen!

DBB NRW Magazin: Vielen Dank. Wir wünschen Ihnen und Ihrem Team viel Erfolg beim Erreichen Ihrer Ziele. ■

Die dbb jugend nrw hat gewählt: Das sind die Neuen!

Wer ist wer in der neuen Landesjugendleitung

Auf dem 20. Landesjugendtag der dbb jugend nrw wurde neben Susanne Aumann auch das gesamte Team der Landesjugendleitung neu gewählt. Wir stellen sie hier vor.

Vorsitzende Susanne Aumann



Susanne Aumann

Susanne ist 1990 in Kasachstan geboren, verheiratet und lebt mittlerweile in Aachen. Hauptamtlich ist sie im Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadt Aachen tätig. Sie absolvierte nebenberuflich ein Studium mit dem Abschluss Master of Public Administration (M.P.A.) und unterrichtet als Lehrbeauftragte an einem Studieninstitut für kommunale Verwaltung sowie an der Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung NRW. Susanne ist Mitglied der kombi gewerkschaft, wo sie 2017 zur stellvertretenden Bundesjugendvorsitzenden gewählt wurde. In der dbb jugend nrw

ist sie seit 2013 aktiv, nun als Vorsitzende des Jugend- und Gewerkschaftsdachverbands.

1. stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeisterin Judith Butschkau



Judith Butschkau

Judith ist 1992 geboren und arbeitet in der Finanzverwaltung bei der Groß- und Konzernbetriebsprüfung Hagen. Zurzeit befindet sie sich in Elternzeit, welche sie im schönen Sauerland in ihrem Wohnort Herscheid verbringt. Ihre Fachgewerkschaft ist die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG). Judith ist erste stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeisterin der dbb jugend nrw. Neben ihrem Hauptaufgabengebiet der Haushalts-



Die neue Landesjugendleitung

© dbb Jugend nrw (7)

angelegenheiten ist sie zuständig für Berufspolitik, Kinder- und Jugendpolitik sowie das Seminarprogramm.

Stellvertretender Vorsitzender Daniel Weber



Daniel Weber

Daniel ist im Jahr 1986 geboren, seit 2020 verheiratet und wohnt in der Klingenstadt Solingen, wo er sehr gerne in der Natur unterwegs ist. Er arbei-

tet an einer Grundschule in Solingen und ist in der Fachgewerkschaft VBE aktiv. Im neuen Team leitet er die AG Bildung, beschäftigt sich mit der Tarifpolitik und der Kinder- sowie Jugendpolitik. Darüber hinaus ist Daniel für die internationale Jugendarbeit der dbb jugend nrw zuständig. Sein großes Steckenpferd ist die Digitalisierung, die er gerne in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes nach vorne treiben würde.

Stellvertretende Vorsitzende Nicole Schorn

Nicole ist 31 Jahre alt, lebt und arbeitet in Wuppertal. In ihrer Fachgewerkschaft kombi ist sie bei der Stadtverwaltung Wuppertal auf örtlicher Ebene seit 2009 aktiv. Zu ihren Aufgaben in der Landesjugendlei-

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Strasse 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Johanna Muschalik-Jaskolka (JM)

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 43, gültig ab 1.10.2020, **Ständige Beilage:** dbb magazin, ISSN 1438-2989



Nicole Schorn

zung zählen neben der Interessenvertretung (JAV/LPVG/BertVG) und der Berufspolitik die Themengebiete Hochschularbeit, der Veranstaltungskalender, Werbemittel, Homepage/Social Media und die mittlerweile zur Tradition gewordene Veranstaltung „Alaaf Magenta“.

Stellvertretende Vorsitzende Teresa Jedinat

Teresa, 29 Jahre, arbeitet bei der Finanzverwaltung in der Betriebsprüfung. Ihre Fachgewerkschaft ist die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG). In der Landesjugendleitung ist sie Ansprechpartnerin für die örtliche Jugendarbeit sowie die Themenbereiche der

Gleichstellungspolitik und Diversität. Zudem beschäftigt sie sich mit den aktuellen Fragestellungen der Tarifpolitik und der Interessenvertretung (JAV/LPVG/BertVG).



Teresa Jedinat

Kooptiertes Mitglied der Landesjugendleitung, Moritz Schuster



Moritz Schuster

Webseite

Ausgewählte Rechtsprechungsübersicht

Neues Angebot auf der Website des DBB NRW

Ausgewählte Entscheidungen und Beschlüsse, die für nordrhein-westfälische Beamtinnen und Beamten oder für Beschäftigte von Interesse sind, werden von der Redaktion in neu eingerichteten Bereichen veröffentlicht.

Hierzu wurde jeweils in den Rubriken Beamte und Arbeitnehmer eigens neue Bereiche eingerichtet. Wenn für beide Beschäftigte eine Entscheidung interessant ist, wird diese auch in beiden Bereichen veröffentlicht.

Es wird in der Regel die zu einer Entscheidung gehörende Pressemitteilung des jeweiligen Gerichts veröffentlicht, wenn möglich mit einem Link zu der entsprechenden Entscheidung.

Schauen Sie doch mal rein. Es sind bereits einige Entscheidungen veröffentlicht: <https://www.dbb-nrw.de/rechtsprechung/> oder <https://www.dbb-nrw.de/arbeitnehmer/entscheidungen/>.

Moritz ist 1998 geboren, als Polizeibeamter in Bonn tätig und Landesjugendleiter der JUNGEN POLIZEI in der DPoL Nordrhein-Westfalen. In der Landesjugendleitung der dbb

jugend nrw ist er als kooptiertes Mitglied für den Bereich Sicherheit, die Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ sowie für die Hochschularbeit und HSPV-Infotage zuständig. ■